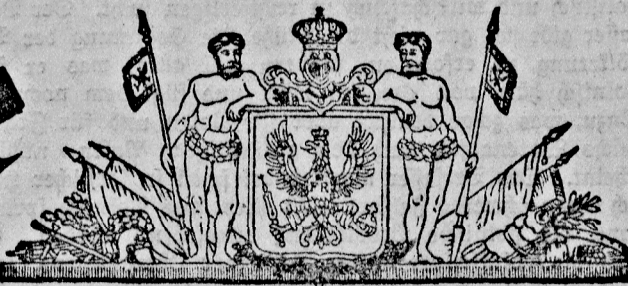


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 3 25 Mark, vierteljährlich 9 75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 30%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-23, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Wilson's Vorbehalte gegen die Pariser Beschlüsse.

Die Pariser Konferenz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 16. März.

In einem Pariser Funkbericht wird festgestellt, daß sich Wilson den Vordruck seiner Abwesenheit auf der Pariser Konferenz getroffenen Vereinbarungen nicht angeschlossen hat. Die Besprechungen, die der Präsident gestern pflog, beweisen, daß er jedes Problem, über das in der Zwischenzeit Beschlüsse gefaßt worden sind, objektiv prüfen will.

Paris, 16. März. (Havas.)

Der heutige diplomatische Situationsbericht besagt: Die am Sonntagabend nachmittags abgehaltene Ausschüßsitzung der Konferenz war sehr kurz. Wilson nahm nicht daran teil, sondern verließ im Hotel, um den während seiner Abwesenheit abgefaßten Bericht über die Deutschland aufzuerlegenden abschließenden militärischen Waffenstillstandsbedingungen zu studieren. Aus Rücksicht auf Wilson verschob der Rat die Prüfung dieser Frage auf Montag. Der Rat der Völker nahm den Vorschlag Wilsons an, die Delegierten der Alliierten in Warschau zur Fortsetzung der Untersuchung jenseits der Weichsel an der Ostgrenze Polens zu ermächtigen, wenn sie dies für notwendig erachten. Der Rat bezeichnete ferner die kleinen Mächte, die aufgefordert werden sollen. Vertreter für den interalliierten Luftschiffahrtsausschuß zu ernennen, und zwar wurde beschlossen, die Vertreter Belgiens, Brasiliens, Kubas, Griechenlands, Portugals, Rumaniens und Serbiens dem Ausschuß anzugliedern.

Bern, 15. März.

Die offiziellen Pariser Blätter erwarten von der Ankunft Wilsons eine Beschleunigung der Konferenzarbeiten, für die nach Ansicht des „Somme Libre“ jetzt die Hauptwoche kommt. Der „Temps“, der sich bisher als rüch für die Neutralisierung des linken Rheinufers als Hindernis für Frankreichs eingeseht hatte, macht heute eine auffällige Schwemlung, indem er erklärt, man dürfe keine Stücke deutschen Gebietes abtrennen; dadurch würde in den abgetrennten Gebieten nur ein Irredentismus großgezogen. Frankreich müsse im Gegenteil darauf hinwirken, daß jedes deutsche Gebiet seinen Wünschen und Neigungen lebe und sich demgemäß entwickeln könne. „Humanité“ protestiert noch einmal nachdrücklich gegen die Pläne auf Annexion des Saarbeckens, die höchstens die Ursache für ewigen Streit und die Grundlage zu einem neuen Nachkriegs bilden würde. — Der „Matin“ veröffentlicht einen Brief seines Chefredakteurs Henri Jouve an Wilson. Jouve warnt vor einem Frieden, der eine Nachahmung des Brester Friedens wäre. Wenn der Völkerbund nur eine militärische Versicherungsgesellschaft wäre, die nur zum Zweck hätte, die Völker gegen die Gefahr zu sichern, würde sie den Namen eines Bundes nicht verdienen. Jouve verlangt daher folgende Garantien: Bis zur Wiederherstellung der zerstörten Werkstätten die intakten deutschen Werkstätten arbeiten zu lassen, und Sturz des militärischen Imperialismus.

os Rotterdam, 16. März.

Im Sejnerausschuß brachte Tardieu zwei Berichte ein, von denen der eine die Grenze zwischen Polen und Deutschland und der andere die Grenze zwischen Deutschland und Oesterreich festlegte. (Damit will Frankreich seinen Widerspruch gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs noch einmal betonen.)

hd Basel, 15. März.

Eine einzige Macht, offenbar Amerika, erhob im Sejnerrat Einspruch gegen die Zuweisung von Danzig an Polen. Der polnische Staat wird nach einer Pariser Blättermeldung ungefähr das Gebiet vor der Teilung von 1772 umfassen. Neben Danzig werde Weichselmündung und die Vahselinie Danzig-Thorn und Danzig-Wilna polnisch werden. Die Südgrenzen stehen noch nicht fest. Der Gebietsstreifen längs des baltischen Meeres zwischen Estland und Litauen soll ein eigener unabhängiger Staat werden.

Die Gebietsforderungen Italiens.

Bern, 15. März. (W. L. B.)

„Journal des Débats“ bekräftigt die italienischen Annegionsabsichten in Deutsch-Tirol, protestiert aber gegen die von Italien verlangte Grenze gegenüber dem südbaltischen Staat. Das Blatt verlangt die Anwendung des Grundsatzes vom Selbst-

bestimmungsrecht und schreibt wörtlich: „Ausnahmen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Nationalitätenprinzip dürfen nur dem Feinde gegenüber, und auch da nur in gewissem Maße, gestattet werden.“

Das Ende der Kämpfe in Groß-Berlin.

Ein Erlaß Noskes.

Reichswehrminister Noske erläßt folgende Bekanntmachung: Die militärischen Maßnahmen in Groß-Berlin sind zum Abschluß gelangt. Die Kämpfe haben aufgehört. Deshalb hebe ich den Befehl vom 9. d. Mts auf, wonach zu erschließen sei, wer mit Waffen gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird. Dabei gehe ich von der Annahme aus, daß Ordnung und Sicherheit nicht mehr gefährdet werden.

Damit ist die Verschärfung des Belagerungszustandes, die auf die Bluttaten der Aufständischen im Osten Groß-Berlins zurückzuführen war, wieder beseitigt. Der Belagerungszustand selbst dauert vorläufig fort.

Völkerbund und Friedensvertrag.

Drahtmeldungen.

Paris, 15. März.

Die Agence Havas meldet: Wilson erklärte, daß der am 25. Januar von der Friedenskonferenz gefaßte Beschluß, der bestimmt, daß der Bund der Nationen einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bilden solle, eine endgültige Entscheidung darstelle. Es läge keine Begründung vor für die Nachsichten, denen zufolge man eine Aenderung dieser Beschlüsse ins Auge fasse.

Im gleichen Sinne meldet Reuter aus Newyork: Der Sekretär des Präsidenten Wilson, Lummly, erhielt ein Kablelegramm Wilsons, wonach der Oberste Kriegsrat endgültig beschlossen habe, daß der Völkerbund einen Teil des Friedensvertrages bilden solle.

Eine weitere Reutermeldung besagt: Während die britischen und andere Delegierte der Ansicht sind, daß es schwierig sein wird, den Völkerbund mit dem Vorfrieden in Verbindung zu bringen, geht Wilsons Ansicht dahin, daß es von größter Bedeutung sei, daß in dem Vorfriedenvertrag auf den Völkerbund Bezug genommen wird. Wilson wird wahrscheinlich auf seinem Standpunkt beharren. Ein Kompromiß wird zweifellos zustande kommen.

Haag, 16. März. (S. R.)

Wilson ermächtigte den Korrespondenten der „Associated Press“ zu der Erklärung, daß an dem ursprünglichen Plan des Völkerbundes keinerlei Aenderungen vorgenommen sind.

Deutscher Vormarsch auf Mitau.

Drahtmeldung.

Ribau, 15. März.

In Nordlitauen und Kurland haben die Bolschewiken eine empfindliche Niederlage erlitten. Von nördlich Rowno bis Windau an der Ostsee ist die ganze Front in Bewegung gekommen. Die wichtige Eisenbahn Rostschern—Radziwilski—Schaulen ist infolge tatkräftigen Eingreifens von Panzerzügen in unserem Besitz. Unter andauernden Kämpfen, bei denen der Feind auch Kavallerie anreiten ließ und Panzerautomobile ins Gefecht führte, stießen reichsdeutsche Truppen bis Grenzhof und zur Station Behnen an der Bahn Murawjewo—Mitau vor. Der Vormarsch wird hier durch Schwierigkeiten des Nachschubs, die dadurch entstanden sind, daß die Bolschewiken diese Strecke bereits in russische Spur umgenagelt hatten, sehr erschwert. In den Kämpfen bei Mitau wurden zwei Geschütze und sieben Maschinengewehre erbeutet. Nördlich der Bahn geht die Landeswehr vor. Lettische Truppen nahmen Frauenburg, während deutsch-baltische Formationen von Goldingen aus über Zabeln und Rumbau in Richtung Ludum vordringen.

Die lettische Presse meldet: Der konzentrische Vormarsch auf Mitau wird fortgesetzt. Die Eisenbahnlinie Windau—Mitau ist überschritten, Behnen, Rumbau und Zabeln sind genommen. Den bolschewistischen Truppen in Rumbauland droht Abschneidung des Rückzuges. In Riga und Mitau herrscht Panik unter den Bolschewiken.

Weichsel und Saar.

Von

Georg Bernharr.

Unter den bisher veröffentlichten Namen der deutschen Unterhändler für den Friedenskongress fehlt der des Reichsministers Erzberger. Ein Glück, dessen das deutsche Volk schon früher hätte teilhaftig werden dürfen. Denn dieser umgekehrte Northcliffe, der trotz Verschwendung ungeheurer Reichsmittel und trotz schamloser Prestekorruption nirgend eine Propagandawirkung erzielen konnte, ist wegen der Altendünkel, die Deutschlands Feinde über ihn besitzen, viel zu unfrei den Gegnern gegenüber. Man hätte ihn niemals zum Zweck amtlichen Verhandeln über die deutschen Grenzen lassen dürfen. Die deutschen Friedensdelegierten werden in Paris die Folgen seines Wirkens bei den Waffenstillstandsverhandlungen noch zu spüren bekommen. Und das deutsche Volk kann sich bei ihm auch für das bedanken, was sich augenblicklich in Posen abspielt.

Ueber die Verhandlungen, die dort zwischen einer deutschen Delegation und einer Kommission der alliierten Mächte über die polnische Frage stattfinden, sind recht kargliche amtliche Berichte erschienen. Zwischen ihren Zeilen aber steht Schmerzliches genug. Die militärischen Mitglieder der deutschen Kommission haben, weil sie sich schließlich keinen Erfolg mehr versprochen, den Verhandlungsort verlassen. Die Zivilkommission hat, nach neuen Berichten, die Beratungen wieder aufgenommen. Aus der Abgeschlossenheit der Verhandlungsräume bringen neuerdings über die Form dieser Verhandlungen Mitteilungen in die Öffentlichkeit, die — ihre Richtigkeit vorausgesetzt — jedem Deutschen ohne Parteiunterschied die Schamröte ins Gesicht treiben müssen. Von einem Verhandeln ist überhaupt kaum die Rede. Das wenige, was hin und her gesprochen werden kann, wird in einer Form „erledigt“, die an Siegerhochmut und Brutalität nichts zu wünschen übrig läßt.

Als Führer der deutschen Delegation fungiert der Wirkliche Geheime Rat Freiherr v. Rechenberg. Persönlich ein untadeliger und kluger Mann. Aber sachlich die ungeeignetste Persönlichkeit, die für Polenverhandlungen zu finden war, denn er war einer der Vorkämpfer der „Befreiung“ Polens. Aber der Reichsminister Erzberger hat Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um gerade diesen seinen früheren Fraktionskollegen für die Unterhandlungen zu retten, und es hat Mühe genug gekostet, gegen den Erzbergerischen Widerstand wenigstens den Dr. Drews, den früheren preussischen Minister des Innern, der Kommission beizugesellen. Es war vereinbart worden, daß die Verhandlungen über die Polenfrage in Bromberg stattfinden sollten. Bei einer Zusammenkunft in Kreuz erklärten die Vertreter der Alliierten plötzlich, daß in Posen verhandelt werden müsse. Herr v. Rechenberg willigte in die Verlegung der Verhandlung, zu der nicht der geringste Grund vorlag, obwohl ihm nicht einmal die geforderten Garantien für die Bewegungsfreiheit der Kommissionsmitglieder gegeben wurden. In Posen fand die Kommission denn auch eine recht merkwürdige Aufnahme. Die Mitglieder konnten miteinander nicht in Verbindung treten. Zwischen ihre Hotelzimmer wurden polnische Spione gesteckt. Freiherr v. Rechenberg protestierte zwar gegen diese Behandlung, nahm aber die Beratungen auf, obwohl die Mißstände nicht abgestellt und ihm und seinen Kommissionsmitgliedern auch noch während der Beratungen wenig würdige Zumutungen gestellt wurden.

Am schlimmsten scheint aber doch die sachliche Lage gewesen zu sein, vor die sich die Kommission gestellt sah. Sie illustriert deutlich, was von den Erzbergerischen Mitteilungen aus den Waffenstillstandsverhandlungen zu halten ist. In der Nationalversammlung hat der Reichsminister am 17. Februar folgendes ausgeführt: „Die Bemühungen, daß zum Schutze der Deutschen in den Gebieten hinter der Demarkationslinie Bestimmungen im Waffenstillstandsvertrag aufgenommen werden möchten, waren erfolglos. Marshall Foch hat nur in Aussicht gestellt, daß alle diese Fragen bei der interalliierten Kommission vorgetragen werden könnten, daß er geneigt sei, für eine Lösung in unserem Sinne einzu-